

Demokratie wächst vor Ort – der Beitrag von kommunalen Präventionsketten

Timo Decker – Fachberatung Präventionsketten – LWL-Landesjugendamt Westfalen

Abstract:

Der vorliegende Beitrag formuliert den Zusammenhang zwischen kommunalen Präventionsketten (KPK) und der Stärkung demokratischer Prozesse auf kommunaler Ebene. Aufbauend auf der in Nordrhein-Westfalen etablierten Gesamtstrategie zur Förderung gelingenden Aufwachsens wird argumentiert, dass Präventionsketten nicht nur sozialpolitische Koordinationsinstrumente sind, sondern strukturell zur Demokratieförderung beitragen können.

Anhand konkreter Praxisbeispiele aus Detmold und Dortmund wird aufgezeigt, wie Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien systematisch verankert und durch regelmäßiges Feedback gestärkt werden kann. Die theoretische Rahmung erfolgt über Konzepte wie Demokratiepädagogik, Selbstwirksamkeit und Generationengerechtigkeit.

Präventionsketten eröffnen Räume, in denen junge Menschen demokratische Teilhabe nicht nur erleben, sondern aktiv mitgestalten. Der Text plädiert für eine kommunale Verwaltungskultur, die Beteiligung als Grundhaltung begreift und junge Menschen in politische und strategische Prozesse einbindet. Dadurch entsteht ein kommunaler Generationenvertrag, der die Anliegen junger Menschen berücksichtigt und so zur Stärkung demokratischer Strukturen beiträgt.

Die Argumentation versteht sich als Impuls für eine fachliche und politische Weiterentwicklung des Konzepts Präventionskette – über die bisherige Sozial- und Bildungsperspektive hinaus – hin zu einem demokratiepolitischen Handlungsansatz.

Artikel:

Von der Modellphase zum Erfolgskonzept

Präventionsketten befinden sich in Nordrhein-Westfalen seit 2012, durch das Land unterstützt, im Auf- und Ausbau. 2012 wurde im Rahmen des Projekts KEKIZ – „Keine Kind zurücklassen“ eine erste Modellphase mit 18 Kommunen erprobt. Trotz zweier Regierungswechsel auf Landesebene konnte die Idee der Präventionskette weiter vorangetrieben werden und richtet sich seit 2020 mit dem Landesprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen“ an alle 186 Jugendämter in NRW. 141 Jugendämter nehmen mittlerweile am Programm teil. Gefördert wird dieses vom Ministerium für Kinder, Jugendliche, Familien, Gleichstellung, Flucht und Integration und in Kooperation mit dem LWL-Landesjugendamt Westfalen und dem LVR-Landesjugendamt Rheinland umgesetzt und begleitet.

Die Präventionskette im Sinne einer kommunalen Gesamtstrategie bildet eine Infrastruktur in Kommunen, die es perspektivisch allen Kindern von der Geburt bis zum Eintritt ins eigenständige Leben ermöglichen soll, gelingend aufzuwachsen. Dabei wird auf mehreren Ebenen ein Wandel in der Kommune angestrebt, der unter anderem auf einer Kommunikationsstrategie beruht: Politische Akteur:innen und Leitungskräfte der Kommunalverwaltung sollen nachhaltig in den Austausch mit Fachleuten innerhalb der Verwaltung, freien Trägern sowie Kindern, Jugendlichen und ihren Familien treten. Hier liegt der Fokus auf den Möglichkeiten des gelingenden Aufwachsens aller Kinder und Jugendlichen in den Kommunen und der bestmöglichen Herstellung von Chancengleichheit.

Präventionsketten als Chance zur Demokratiestärkung

Der Nutzen der Präventionskette wurde bereits fachlich unter verschiedenen Aspekten beleuchtet und in ihrer Bedeutsamkeit für die Kommunen formuliert. Hier sind insbesondere die Aspekte der schnellen Reaktionszeit auf Krisen, der Umgang mit Kinder- und Jugendarmut sowie die Reduzierung von Verwaltungsaufwand zu nennen. Aber auch und

insbesondere unter Gesichtspunkten des Demokratieerhalts und der demokratischen Bildung sind Präventionsketten bedeutsam.

Möller, Neuscheler und Steinbrenner betonen in ihrem Sammelband „Demokratie gestalten!“ (2022), dass Demokratie nicht nur ein Geschenk ist, sondern auch das Privileg bedeutet, in einer Gesellschaft zu leben, in der demokratische Regeln Geltung haben.

Andererseits befinden sich demokratische Gesellschaften zu jeder Zeit in einem Prozess, um diesen Status Quo zu erhalten. Demokratie ist nicht per se gegeben, sondern muss stets erneuert werden. „Sie entsteht in einem Prozess des Mit-, Neben- und Gegeneinanders der Menschen und entwickelt sich durch Auseinandersetzungen zwischen ihnen weiter – mal in eine Richtung, die der eine für richtig hält, mal in eine Richtung, die die andere skeptisch macht.“ (ebd.)

Aktive Mitgestaltung durch Kinder und Jugendliche

Vor diesem Hintergrund stellt sich im Rahmen der Präventionskette die Frage, wie gelingendes Aufwachsen auch dazu beitragen kann, demokratisches Handeln zu fördern. An dieser Stelle spielen sowohl die Institutionen, aber auch andere Lebensorte, in denen Kinder sich heutzutage aufhalten, eine große Rolle.

Eine etablierte Präventionskette macht die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien nicht nur sichtbar, sondern steigert auch ihre gesellschaftliche Relevanz. Gleichzeitig eröffnet sie Räume und Prozesse, in denen junge Menschen aktiv mitwirken und sich mit demokratischen Strukturen auseinandersetzen können. Auf diese Weise wird Beteiligung nicht nur ermöglicht, sondern systematisch in die kommunale Praxis eingebettet. Kinder und Jugendliche werden befähigt, Verantwortung zu übernehmen, ihre Stimme zu erheben und Demokratie als gestaltbare, lebendige Praxis zu erfahren.

Mitbestimmung erleben: Selbstwirksamkeit in der Kommune

Unter dem Gesichtspunkt von Beteiligungsmöglichkeiten an demokratischen Prozessen stellt sich nun die Frage, wie im Rahmen der kommunalen Gesamtstrategie Kinder und Jugendliche mitgedacht werden. Die SGB VIII-Reform hat die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen noch einmal deutlich gestärkt und auch Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention betont:

„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“

Doch es bleibt die Überlegung: Wie oft finden Kinder in der Praxis tatsächlich Gehör? Immerhin erleben sie häufig, dass über sie gesprochen wird, aber nicht mit ihnen. Beteiligung wird gerne auf Projekte beschränkt, auf einzelne Vorzeigeformate, anstatt als Grundhaltung in die Gesamtstrategie einer Kommune eingewoben zu sein. Da Kinder aber Selbstwirksamkeit erfahren müssen, um demokratiefähig zu werden, muss hier der Fokus deutlicher gesetzt werden.

Dieser Aspekt wird auch von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. angeführt und hergeleitet. In deren ABC zur Demokratiepädagogik wird entsprechend formuliert: „Das Leben in demokratischen Gesellschaften fordert von Menschen Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Verantwortungsübernahme ist eine Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt in demokratischen Gesellschaften, denn Demokratie „verpflichtet Individuen zu verantwortlichem Handeln.“ (Wolfgang Edelstein 2007). Begleitet wird diese Aussage von der Frage, wie verantwortungsbewusstes Handeln und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit zusammenhängen.

Eine Definition der Selbstwirksamkeit von Ralf Schwarzer und Matthias Jerusalem (2002) beschreibt Selbstwirksamkeit „als die subjektive Gewissheit, neue oder schwierige Anforderungssituationen auf Grund eigener Kompetenz bewältigen zu können“. Es geht bei

Selbstwirksamkeit somit darum, Einfluss auf die eigene Lebenswelt nehmen zu können und damit verbunden auch Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu haben beziehungsweise zu entwickeln.

Bringt man nun die Aspekte der Selbstwirksamkeit und die Grundvoraussetzung für gesellschaftliches Engagement zusammen, zeigt sich deren Interdependenz. Mit dem Auf- und Ausbau einer kommunalen Gesamtstrategie entsteht die Möglichkeit, eine Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien in Form einer Präventionskette zu schaffen. Dadurch können die genannten Aspekte sichtbar gemacht und zugleich strategisch berücksichtigt werden. Eine große Herausforderung besteht darin, zunächst die Befähigung zur Beteiligung zu fördern. Es ist entscheidend, dass Kinder und Jugendliche erleben, wie bedeutsam ihre Stimme sein kann. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, aktiv mitzuwirken, und Räume vorfinden, in denen ihrer Perspektiven ernsthaft Beachtung geschenkt wird.

Zusammenarbeit durch Feedbackschleifen

Ein zentraler Aspekt gelingender Beteiligung ist die Rückmeldung an die Beteiligten, sogenannte Feedbackschleifen. Kinder und Jugendliche müssen erleben, dass ihre Meinungen und Vorschläge nicht nur gehört, sondern auch ernsthaft geprüft und nach Möglichkeit umgesetzt werden. Diese Erfahrung stärkt ihre Selbstwirksamkeit und zeigt die eigene Handlungsrelevanz auf – zentrale Voraussetzungen dafür, dass sie demokratische Prozesse verstehen, mitgestalten und Verantwortung übernehmen können.

Wie dies geschehen kann, soll im Folgenden an konkreten Beispielen hergeleitet werden.

Lebensorte als Gestaltungsorte am Beispiel der Städte Detmold und Dortmund

Im Sinne des gelingenden Aufwachsens bietet sich die Möglichkeit, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen konsequent als integralen Bestandteil der kommunalen Strategie zu etablieren und damit systematisch zu fördern. Im fachlichen Austausch mit den

Koordinierenden der Präventionskette in den Städten Detmold und Dortmund lässt sich exemplarisch zeigen, wie eine Umsetzung in der Praxis bereits gelebt wird.

Ein Pop-Up-Büro als Anlaufstelle in Detmold

Die Stadt Detmold hat bereits ein Pop-Up-Büro als Anlaufstelle und Gestaltungsort für Kinder und Jugendliche ab elf Jahren eröffnet, um den regelmäßigen Austausch auszubauen. Joanna Stöcker, Jugendhilfeplanerin und Koordinatorin der Präventionskette in Detmold, beschreibt die Umsetzung wie folgt:

Räume zu entwickeln, in denen sich Kinder und Jugendliche ernst genommen fühlen und in denen Kinder- und Jugendbeteiligung zentral verankert ist, gehört zu den Zielen der Servicestelle für Kinder und Jugendliche PUB.I.T.. Das neue Pop-Up-Büro für Jugendliche – kurz PUB.I.T. – wurde im Juli 2025 offiziell eröffnet. Im Herzen der Detmolder Innenstadt ist ein Raum entstanden, der Jugendlichen Platz für Austausch, Beteiligung und kreative Entfaltung bietet.

Der angrenzende Familien.Info.Treff (Familienbüro) hat sich bereits als zentrale Anlaufstelle für Familien etabliert. Kinder und Jugendliche ab elf Jahren verfügen jedoch bislang weder über einen eigenen Informationspunkt noch über eine vergleichbare Anlaufstelle. In den einmal jährlich stattfindenden Jugendforen wurde dies von einigen Jugendlichen ausdrücklich bedauert.

In den ersten Wochen nach der Eröffnung zeigt sich, dass insbesondere handlungsorientierte Erfahrungen und die Befähigung zur Beteiligung eine entscheidende Rolle spielen.

Eine Studie der Universität Bielefeld (Wie gerecht ist Deutschland? 2023) belegt, dass Kinder und Jugendliche in benachteiligten Lebenslagen und deren Familien deutlich seltener das Gefühl haben, sich in der Schule frei äußern zu können (55 Prozent gegenüber 80 Prozent bei bessergestellten Familien). Ebenso erleben sie, dass ihre Meinung weniger respektiert wird (zwei Drittel gegenüber 84 Prozent) – ein deutlicher Hinweis auf hinderliche Macht- und Wahrnehmungsstrukturen.

Die Stadt Detmold möchte Kinder und Jugendliche ermutigen und ihnen zeigen, dass Beteiligung wirkt. Die Übernahme von Verantwortung auf kommunaler Ebene zu fördern und Beteiligung in bestehende Aktivitäten einzubinden, ist der Versuch, gesamtstädtisch und gemeinsam mit vielen lokalen Akteuren eine Kinder- und Jugendorientierung in der Stadtentwicklung zu verankern.

Es wird sich zeigen, ob dies vor allem analog gelingt oder ob sich Beteiligungsprozesse zunehmend in den digitalen Raum verlagern. Die Digitalisierung zeigt hier ambivalente Tendenzen: Einerseits ermöglicht sie Teilhabe unabhängig von Ort und Zeit und eröffnet neue Wege der Einbindung. Andererseits birgt sie Gefahren wie digitale Ungleichheit, Fragmentierung, Filterblasen und Polarisierung.

Da parallel zum physischen Treffpunkt künftig auch ein lokaler Chatbot¹ zur Verfügung stehen wird, werden die nächsten Monate und Jahre den Fachkräften vor Ort viele neue Erkenntnisse zur Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Kindern und Jugendlichen bringen. Dies wird Geduld, Fehlertoleranz und kommunales Lernen erfordern – ist jedoch alternativlos, um eine aktive, lebendige und mitbestimmende Stadtgesellschaft aufrechtzuerhalten.

Ganzheitliches Partizipationskonzept in Dortmund

Auch die Stadt Dortmund hat in ihrem gesamtstrategischen Vorgehen einen deutlichen Fokus auf partizipative Prozesse gelegt, wie die Koordinatorin Sophia Köbe-Hölken beschreibt:

Die Stadt Dortmund setzt bei der Entwicklung und Umsetzung bedarfsorientierter Projekte, Maßnahmen und Unterstützungsangebote konsequent auf das enge Zusammenspiel von

¹ Ein *Chatbot* ist ein computerbasiertes Dialogsystem, das mithilfe von vorgegebenen Regeln oder Künstlicher Intelligenz (KI) mit Nutzer:innen in natürlicher Sprache kommuniziert. Chatbots können Texteingaben oder Sprachbefehle verarbeiten und automatisierte Antworten geben. Sie werden eingesetzt, um Informationen bereitzustellen, einfache Aufgaben zu übernehmen oder Interaktionen zu erleichtern – zum Beispiel im Kundenservice, in Lernumgebungen oder in sozialen Medien.

strategischer und operativer Ebene innerhalb des Jugendamtes. Dieser Ansatz wird getragen durch die enge Kooperation aller Akteur:innen der kommunalen Präventionskette, eine klare Sozialraumorientierung sowie die gezielte kleinräumige Betrachtung.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Stärkung demokratischer Werte und der aktiven Beteiligung von Bürger:innen – insbesondere von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Die Dortmunder Angebotslandschaft versteht Demokratieförderung als dauerhafte kommunale Aufgabe und setzt sie durch konkrete, lebensnahe Beteiligungsformate aktiv um. Im Folgenden werden exemplarisch Aktivitäten aus der Präventionsfachstelle sowie der Kinder- und Jugendförderung des Jugendamtes vorgestellt.

Ein Beispiel für eine strukturell verankerte Beteiligungsstrategie ist die Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung Dortmund. Sie bildet einen zentralen Baustein im ganzheitlichen Partizipationskonzept der Stadt. Ziel ist es, die demokratische Mitbestimmung junger Menschen in allen Lebensbereichen nachhaltig zu fördern und echte Beteiligung zu ermöglichen – nicht punktuell, sondern als fest verankertes Querschnittsthema der kommunalen Praxis.

Organisatorisch ist die Servicestelle paritätisch aufgestellt: Der Jugendring Dortmund, der die Interessen von 30 Dortmunder Jugendverbänden vertritt, und das Jugendamt Dortmund in kommunaler Trägerschaft der Jugendhilfe arbeiten gleichberechtigt zusammen. Diese partnerschaftliche Struktur fördert die enge Vernetzung von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik und stärkt die gemeinsame Verantwortung für die Unterstützung junger Menschen in Dortmund.

Die Mitarbeitenden der Servicestelle verstehen ihre Arbeit als Beitrag dazu,

- eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche, Fachkräfte sowie politische Entscheidungsträger:innen bereitzustellen,
- inklusive, kreative und niedrighschwellige Beteiligungsformate zu initiieren und zu begleiten,

- als Schnittstelle zwischen jungen Menschen und der Stadtgesellschaft zu fungieren und Demokratiebildung und politisches Engagement junger Menschen nachhaltig zu fördern.

Dabei verfolgt die Servicestelle das Ziel, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen, Verantwortung zu fördern und Beteiligung strukturell im kommunalen Handeln zu verankern.

Folgende Maßnahmen sind in Planung beziehungsweise wurden bereits umgesetzt:

- Unterstützung bei der Umsetzung und Weiterentwicklung dezentraler Jugendforen in den Stadtbezirken Dortmunds durch passende Rahmenbedingungen und Begleitstrukturen
- Neukonzeption der Oberbürgermeister-Kindersprechstunde
- Organisation und Durchführung der zentralen Jugendkonferenz in enger Zusammenarbeit mit jungen Dortmunder:innen
- Vernetzung mit den Schülervertretungen (SVen) zur Entwicklung einer bezirksübergreifenden SV-Struktur, den Bezirksschüler:innenvertretung (BSV)

Wie beschrieben setzt die Stadt Dortmund auf Kooperationen und multiprofessionelle Zusammenarbeit. Aus diesem Grund hat sich das Netzwerk INFamilie in der Stadt etabliert. Dieses bildet eine nachhaltige Netzwerkstruktur, die sowohl auf kleinräumlicher Ebene mit allen relevanten Akteur:innen im Sozialraum als auch auf strategischer Ebene verwaltungsübergreifend in der Stadt Dortmund verankert ist. Jährlich entstehen hier in Kooperation vielfältige Angebote zur Demokratieförderung. Im Jahr 2025 stand das Thema besonders im Fokus – bedingt durch politische Entwicklungen im Vorfeld der Kommunalwahlen. Die Beteiligung von Bürger:innen an gesellschaftlichen und politischen Prozessen wurde aktiv gestärkt: durch den offenen Dialog, partizipative Planungsformate und Begegnungsangebote, welche im Folgenden exemplarisch vorgestellt werden:

Sozialraum Dorstfeld:

Mit der Eröffnung des Familienbüros Dorstfeld im Jahr 2024 ist ein wichtiger Ort für Begegnung und Mitgestaltung geschaffen. Im Jahr 2025 ist dort das Netzwerk INFamilie etabliert und ein Malwettbewerb zur Demokratieförderung initiiert worden. Auftakt war das

Demokratiefestival am 7. Juli 2025, bei dem Kinder aus lokalen Schulen und Kitas kreative Werke zu ihren Rechten gestalteten. Die entstandenen Bilder werden im Stadtteil sichtbar: visualisiert auf einer Statue des bekannten Dortmund-Nashorn und öffentlich auf dem Dach des Familienbüros präsentiert.

Brunnenstraßen- und Hannibalviertel:

Im Zentrum des Brunnenstraßenviertels wurde im September 2025 in Zusammenarbeit mit zahlreichen Netzwerkpartner:innen ein großes Friedensfest auf dem Kurt-Piehl-Platz veranstaltet. Die Feste in den Quartieren fördern den sozialen Zusammenhalt, ermöglichen Austausch in entspannter Atmosphäre und setzen sichtbare Zeichen für friedliches Zusammenleben. Besonders hervorzuheben ist die aktive Mitgestaltung durch Bürger:innen, die das Fest mit ihren Ideen und ihrem Engagement bereichern.

Hörde:

Um Angebote künftig noch passgenauer ausrichten zu können, führte das Netzwerk INFamilie in Hörde zwei Bedarfsumfragen durch: Eine richtete sich an Familien, um deren Perspektiven, Wünsche und Bedarfe zu erfassen. Parallel wurden Kinder befragt – insbesondere zu ihrer Nutzung bestehender Einrichtungen und zur Erreichbarkeit relevanter Angebote im Stadtteil. Sie konnten Einrichtungen auf der Karte kennzeichnen, Orte, die sie gerne besuchen „ liken“ oder auch Wege einzeichnen, die sie regelmäßig auf unterschiedliche Weise gehen/fahren. Die Ergebnisse fließen direkt in die Planung und Weiterentwicklung vor Ort ein und stärken eine kindzentrierte Perspektive.

Westerfilde:

Im Stadtteil Westerfilde war das Jahr 2025 stark geprägt von Maßnahmen zur Stärkung demokratischer Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe.

In Kooperation mit dem Diakonischen Werk wurde ein Beratungs- und Begegnungsmobil etabliert, das wöchentlich im Quartier unterwegs war, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, ihre Sorgen aufzunehmen und Vertrauen in demokratische Prozesse zu stärken.

Ein besonderes Zeichen setzte das Demokratiepicknick, zu dem rund 300 Menschen kamen.

Unter dem Motto „Jeder bringt etwas mit“ entstand ein vielfältiges Buffet, begleitet von

Aktionen zahlreicher Kooperationspartner:innen – ein gelungenes Beispiel für gelebte Teilhabe und Zusammenhalt im Stadtteil.

Familienkalender 2026: Kinderrechte im Fokus

Jedes Jahr können Kinder ihre künstlerischen, selbstgemalten und themenspezifischen Bilder einreichen, welche nach einer Juryauswahl in einem Familienkalender abgebildet werden. Der Familienkalender 2026 widmet sich dem Thema „Kinderrechte – die UN-Kinderrechtskonvention“. Die feierliche Präsentation und Preisverleihung für die Kinder und ihre Familien findet auch in diesem Jahr wieder im Rathaus statt. Der Kalender verbindet kreative Ausdrucksformen mit politischer Bildung und sensibilisiert für Kinderrechte im Alltag. Der Familienkalender wird jährlich in hoher Auflage gedruckt, sodass er an die Familien und Akteur:innen aus den Sozialräumen verteilt werden kann.

Des Weiteren ist Demokratieförderung auch ein Baustein im Rahmenkonzept des Fachreferats Familienbildung, welche ein Zusammenschluss des Jugendamtes und allen anerkannten Familienbildungsstätten darstellt. In dem Rahmenkonzept heißt es:

„Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie essenziell kulturelle Bildung für unsere Gesellschaft ist. Sie ist ein grundlegender Bestandteil des sozialen Miteinanders und der persönlichen Entwicklung. Darüber hinaus leistet kulturelle Bildung einen wichtigen Beitrag zur Demokratie. Sie fördert Empathie, kritisches und kreatives Denken sowie das Verständnis für unterschiedliche Perspektiven. Deshalb findet sich dieses Themenfeld auch prominent in der organisationalen Vernetzung wieder und bildet einen weiteren Arbeitsschwerpunkt des Fachreferats Familienbildung.“

Umgesetzt wird dieses Vorhaben beispielweise im Sozialraum Clarenberg in Hörde. Dort wird jährlich das etablierte und bekannte Culture4kids veranstaltet. Ein Kulturfestival, bei dem Kunst- und Kulturschaffende Angebote für Kinder und ihre Familien bereitstellen und auf diese Weise einen niedrigschwelligen Zugang zu kulturellen und künstlerischen Angeboten schaffen.

Familienbüros als zentrale Bausteine in Kommunen

Die Beispiele aus Detmold und Dortmund verdeutlichen, wie in kommunalen Strukturen Orte entstehen können, an denen Angebote nicht nur von Fachkräften entworfen, sondern gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen entwickelt werden. Beteiligung wird dadurch nicht als Ausnahme, sondern als Normalfall verstanden – nicht punktuell, sondern als systematisch verankertes Querschnittsthema in der kommunalen Praxis.

An diese Erfahrungen knüpft das Konzept der Familienbüros an, das sich in vielen nordrhein-westfälischen Kommunen als Ort der aktiven Mitgestaltung bewährt hat und daher in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben ist.

Familienbüros sind zentrale Bausteine kommunaler Präventionsketten, da sie direkt die Adressat:innen der Jugendhilfe erreichen und niedrigschwellige Zugänge zu Unterstützung, Beratung und Angeboten eröffnen. Über die reine Vermittlungsfunktion hinaus fördern sie unter partizipativen Gesichtspunkten die Selbstwirksamkeit von Familien, indem sie deren Anliegen ernst nehmen, Beteiligung ermöglichen und Mitgestaltung an Angeboten unterstützen. Zugleich können Familienbüros die strategische Vernetzung innerhalb der Präventionskette stärken: Sie koordinieren die Zusammenarbeit von Schulen, Jugendhilfe, Gesundheitsdiensten und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, sorgen für abgestimmte Angebote und helfen, Versorgungslücken frühzeitig zu erkennen. Sie verbinden direkte Unterstützungsleistungen mit einer handlungsfeldübergreifenden Strategie und tragen so entscheidend dazu bei, dass Prävention wirksam, passgenau und familienorientiert umgesetzt wird.

Kooperative Strukturen, gelebte Demokratie

Das Bundesjugendkuratorium hat 2024 mit einem Diskussionspapier zur Generationengerechtigkeit bereits gefordert, dass aufgrund des demographischen Wandels die Notwendigkeit besteht, dass es zu „einem grundlegenden gesellschaftspolitischen Diskurs über die Frage [...], wie die Rechte und Interessen der jungen Generation politisch

verortet und gefasst sowie die politische Beteiligung der jüngeren Generation in der Bundespolitik strukturell abgesichert werden kann". (Bundesjugendkuratorium 07/24).

Im Wesentlichen werden drei Problemfelder beschrieben, die zu Politikverdrossenheit und Desinteresse an demokratischen Prozessen führen können. Angeführt werden die generationale Schieflage der Demokratie: bereits heute sind mehr als die Hälfte der Wähler:innen über 53 Jahre alt, 14 Prozent hingegen unter 30. Diese „altersbezogene Schieflage im Hinblick auf die demokratische Gewichtung der Generationen“ (ebd.) verschiebt die demokratischen Kräfteverhältnisse hin zu einer Wählergruppe, deren politischen Forderungen sich – altersspezifisch betrachtet – deutlich von denen von Kindern und Jugendlichen unterscheidet.

Diese Ausgangslage führt weitergehend dazu, dass die genannte generationale Schieflage der Demokratie in eine generationale Schieflage im Sozialstaat mündet. „Die Alterung der Bevölkerung geht [...] nicht nur mit immer höheren Sozialstaatsausgaben für Rente, Gesundheit und Pflege einher, sondern auch mit einem systemischen Fachkräftemangel im Gesundheits- und Pflegesystem so wie in der Care-Arbeit und mit einer notwendigen Erweiterung der entsprechenden Infrastrukturen (Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen usw.). Zudem sind die Infrastrukturen der Bildung und der Kinder- und Jugendhilfe – letztlich das institutionelle Gefüge des Aufwachsens insgesamt – hochgradig investitionsbedürftig“ (ebd.).

Aufgrund dieser demografischen Schieflage nehmen Kinder und Jugendliche häufig eine Zuschauerrolle in politischen und gesellschaftlichen Prozessen ein. Dies wirkt sich auch auf die Verteilung von Ressourcen und die Ausgestaltung sozialstaatlicher Leistungen aus: Die Bedürfnisse junger Menschen, etwa in Bildung, Kinder- und Jugendhilfe oder Infrastruktur, erhalten oft wenig Aufmerksamkeit (vgl. Strohmeier, El-Mafaalani, Kurtenbach 2025).

Präventionsketten können dieser strukturellen Benachteiligung entgegenwirken, indem sie die Anliegen von Kindern und Jugendlichen sichtbar machen und systematisch in kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse einbinden. Durch die Kombination von Beteiligungsformaten und Feedbackschleifen wird aus der Zuschauerrolle eine aktive

Teilhabe, die Selbstwirksamkeit fördert und langfristig demokratische Handlungskompetenz stärkt.

Neue Wege der Kommunikation

Eingangs wurde bereits das Kommunikationsmodell einer kommunalen Gesamtstrategie benannt und muss in diesem Zusammenhang in seiner Bedeutung für kommunale Präventionskette beschrieben werden.

Betrachtet man die Kommunikationswege innerhalb der Verwaltung, lassen sich diese häufig als **Top-Down-Strategie** beschreiben: Aufträge aus Politik und Leitung werden als Weisungen an die Fachabteilungen weitergegeben. Die Fachkräfte setzen diese Vorgaben um und stellen die Angebote der Jugendhilfe sowohl den Kindern, Jugendlichen und Familien als auch weiteren Bereichen der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung.

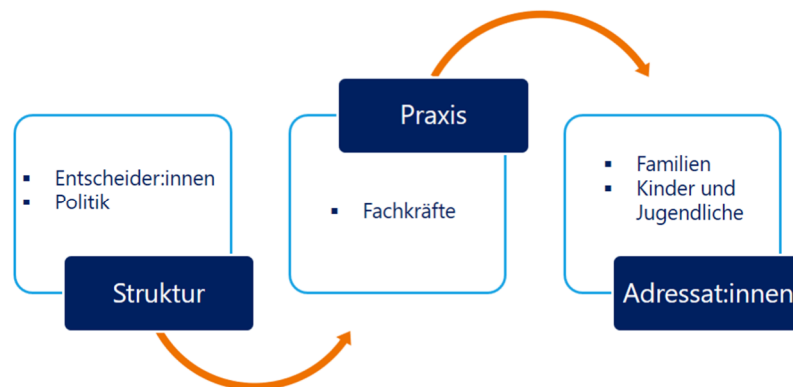


Abbildung 1: LWL-Servicestelle Gelingendes Aufwachsen – Esther Scheurle

Unter den Gesichtspunkten einer gesamtstrategischen Vorgehensweise im Sinne der Präventionskette wird dieses Konstrukt aufgebrochen und in ein Kommunikationssystem überführt, welches um eine Bottom-Up-Strategie ergänzt wird. Die Vorgaben der Leitungsebene werden bei dieser Strategie mit der Lebensweltexpertise der Adressat:innen und der Expertise der Fachkräfte in Schleifen rückgekoppelt. Das Wissen der unterschiedlichen Ebenen wird somit miteinander verknüpft und kann in seiner Sinnhaftigkeit überprüft werden. Die Angebote der Jugendhilfe können anhand dieser Strategie die

einzelnen Bedürfnisse der Adressat:innen einfacher in allgemeine Bedarfe überführen. Im Anschluss können dann Angebote und Maßnahmen entwickelt und ziel- und bedarfsgerechter geplant und umgesetzt werden – natürlich stets unter Mitwirkung der Adressat:innen.

Starke Präventionsketten, starke Demokratie

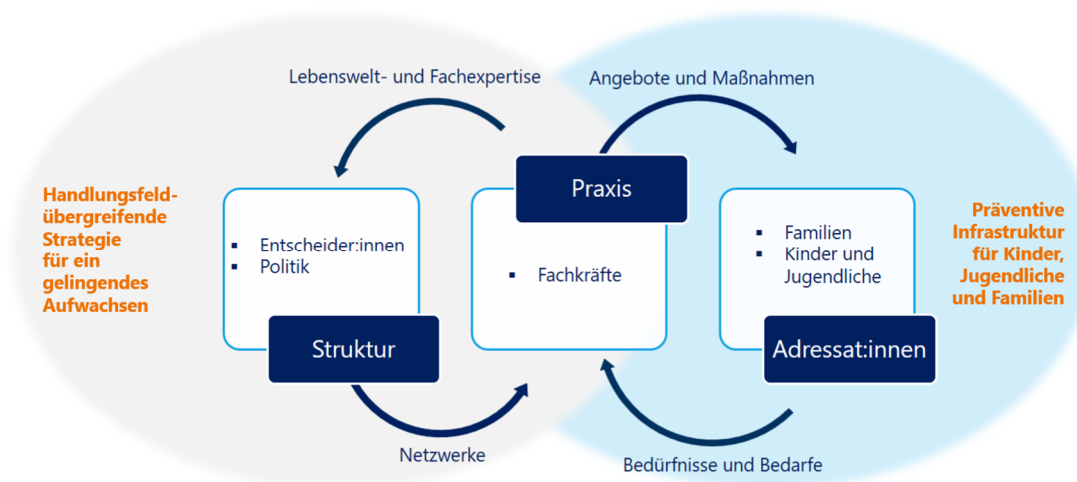


Abbildung 1: LWL-Servicestelle Gelingendes Aufwachsen – Sandra Dezort und Esther Scheurle

In dieser Modellierung wird deutlich, dass Präventionsketten mehr sind als eine strategische Maßnahme der Jugendhilfe. Sie schaffen eine Infrastruktur, die demokratische Prozesse in Kommunen stärkt, indem sie Beteiligung systematisch ermöglicht und unterschiedliche Perspektiven in Entscheidungen einbezieht. Kinder, Jugendliche und Familien werden so nicht nur Adressat:innen von Angeboten, sondern aktive Mitgestalter:innen ihrer Lebenswelt.

Wenn Kommunen Präventionsketten als demokratische Praxis verstehen, entsteht ein Mehrwert für alle Generationen. Verwaltung und Politik lernen, ihre Fachkompetenz mit der Lebensweltexpertise der Adressat:innen zu verbinden. Kinder und Jugendliche wachsen zu einer sichtbaren, sprachfähigen Generation heran, die Demokratie nicht nur als gesetzliche Rahmenbedingung, sondern als gelebte und gestaltete Lebensform erfährt.

Damit dies gelingt, braucht es eine Verwaltungskultur, die Beteiligung nicht nur als Zusatz, sondern als essentielle Grundhaltung versteht. Präventionsketten werden so zum Bindeglied zwischen den Generationen – ein zeitgemäßer Generationenvertrag, der die Anliegen junger Menschen ernst nimmt und strukturell verankert. So bleibt Demokratie lebendig, lernfähig und zukunftsorientiert.

Bundesjugendkuratorium. (2024, Juli). *Generationengerechtigkeit: Diskussionspapier*. Bundesjugendkuratorium. [BJK-Diskussionspapier-Generationengerechtigkeit-2024](#) (letzter Abruf am 09.10.2025 um 09:50 Uhr)

Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. (2007). *ABC zur Demokratiepädagogik*. Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. [ABC der Demokratiepädagogik - online - DeGeDe](#) (letzter Abruf am 09.10.2025 um 10:00 Uhr)

El-Mafaalani, A., Kurtenbach, S., & Strohmeier, K. P. (2025). *Kinder – Minderheit ohne Schutz*. KiWi Verlag.

Möller, I., Neuscheler, P., & Steinbrenner, M. (2022). *Demokratie gestalten!. W.* Kohlhammer GmbH

Schwarzer, R., & Jerusalem, M. (2002). *Das Konzept der Selbstwirksamkeit*. In M. Jerusalem & D. Hopf (Hrsg.), *Selbstwirksamkeit und Motivationsprozesse in Bildungsinstitutionen (Beiheft 44, S. 28–53)*. Beltz.

Universität Bielefeld. (2023). *Wie gerecht ist Deutschland? Studie zu Ungleichheit und Chancengerechtigkeit*. Universität Bielefeld. [Wie gerecht ist Deutschland? Kinder & Jugendliche: machtlos und unzufrieden](#) (letzter Abruf am 09.10.2025 um 09:55 Uhr)